

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/3527 -**

Wer kümmert sich in Niedersachsen um die Prüfung des baulichen Brandschutzes?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Max Matthiesen und Karl-Heinz-Bley (CDU) an die Landesregierung,
eingegangen am 20.05.2015, an die Staatskanzlei übersandt am 27.05.2015

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
namens der Landesregierung vom 24.06.2015,
gezeichnet

Cornelia Rundt

Vorbemerkung der Abgeordneten

Nach § 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) ist für bauliche Anlagen im Sinne des Absatzes 3 Satz 2 der Brandschutz zu prüfen. Diese Aufgabe wird zunehmend von den Bauaufsichtsbehörden zu deren Entlastung ausgelagert und auf staatlich geprüfte Prüfengeure oder Prüfsachverständige für vorbeugenden Brandschutz übertragen.

Die Bauministerkonferenz hat im Dezember 2012 nach § 85 Abs. 2 der Musterbauordnung die Musterverordnung über die Prüfengeure und Prüfsachverständigen (M-PPVO) verabschiedet, die als Grundlage für die Länder dienen soll, die Anforderungen und Aufgaben der Prüfengeure und Prüfsachverständigen auch für den vorbeugenden Brandschutz zu regeln.

In den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist die M-PPVO für den Bereich des vorbeugenden Brandschutzes landesrechtlich so umgesetzt worden, dass dort Prüfengeure für vorbeugenden Brandschutz hoheitlich im Auftrag der Bauaufsichtsbehörden tätig werden. Die Bundesländer Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben sich für das Modell des Prüfsachverständigen entschieden, der die Aufgabe im Auftrag der Bauherren privatrechtlich wahrnimmt. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg haben die M-PPVO für den Bereich des vorbeugenden Brandschutzes bislang nicht umgesetzt.

Vorbemerkung der Landesregierung

In einer Reihe von Bundesländern werden - anders als in Niedersachsen - nicht nur die Bauvorlagen zum Nachweis der Standsicherheit, sondern auch diejenigen zum Nachweis des baulichen Brandschutzes im Falle einer Beauftragung durch die Bauaufsichtsbehörde von hoheitlich tätigen Prüfengeurinnen oder Prüfengeuren geprüft oder sie werden durch vom Bauherren beauftragte, nicht hoheitlich tätige Prüfsachverständige geprüft und bescheinigt. Sowohl die Prüfengeurinnen und Prüfengeure als auch die Prüfsachverständigen müssen nach dem jeweiligen Landesrecht in einem Verfahren anerkannt werden, bevor sie tätig werden dürfen.

Der niedersächsische Gesetzgeber hat mit Beschluss der Neufassung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) im Jahr 2012 davon abgesehen, die Möglichkeit einer privaten Beauftragung der Prüfung sowohl der Standsicherheitsnachweise als auch der Brandschutznachweise durch nicht hoheitlich tätige und keiner Fachaufsicht unterliegende Prüfsachverständige einzuführen. Für Verordnungsregelungen zur Anerkennung von Prüfsachverständigen für den Brandschutz ist daher kein Raum.

Die Landesregierung hält diese Rechtslage für nicht korrekturbedürftig. Insbesondere könnte, wenn sich die Bauaufsicht aus der hoheitlichen Prüfung zurückzöge, das Instrument der Fachaufsicht zur Einhaltung der jeweils einschlägigen Anforderungen des materiellen Rechts nicht mehr im erforderlichen Umfang greifen.

Hinsichtlich der Prüfsachverständigen und Prüfsachverständiger wäre zwar eine Umsetzung der in der Vorbemerkung der Abgeordneten angesprochenen Musterregelung ohne vorherige Änderung der NBauO rechtlich möglich. Allerdings hat die Landesregierung dafür bislang keinen Bedarf gesehen, da prüfungsbedürftige Nachweise des Brandschutzes von den unteren Bauaufsichtsbehörden selbst geprüft werden. Sie können in besonderen Fällen, etwa aufgrund der Komplexität eines Gebäudes, die für den Brandschutz zuständige Dienststelle beteiligen oder auch externe Sachverständige, die dafür aber nicht förmlich anerkannt sein müssen, im Rahmen des § 26 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG heranziehen.

- 1. Kann man in Niedersachsen erst dann als Prüfsachverständiger bzw. Prüfsachverständiger für den vorbeugenden Brandschutz zugelassen werden, wenn es eine entsprechende landesrechtliche Prüfsachverständigen- bzw. Prüfsachverständiger-Verordnung gibt?**

Ja.

Die derzeitige Verordnung über die bautechnische Prüfung von Baumaßnahmen (Bautechnische Prüfungsverordnung - BauPrüfVO) erfasst nur Prüfsachverständigen und Prüfsachverständige für Baustatik, denen aufgrund der Verordnung von der unteren Bauaufsichtsbehörde bauaufsichtliche Aufgaben übertragen werden können.

Die Zulassung von Prüfsachverständigen für den Brandschutz würde zudem auch eine Änderung der NBauO voraussetzen (siehe auch Vorbemerkung).

- 2. Falls ja, weshalb gibt es bislang in Niedersachsen keine derartige Verordnung?**

Siehe Vorbemerkung.

- 3. Müssen die niedersächsischen Bauaufsichtsbehörden derzeit Prüfsachverständige bzw. niedersächsische Bauherren Prüfsachverständige aus anderen Bundesländern mit der Prüfung des Brandschutzes für niedersächsische bauliche Anlagen beauftragen, weil es keine niedersächsische Verordnung über zugelassene Prüfsachverständige bzw. Prüfsachverständige für den vorbeugenden Brandschutz gibt?**

Nein. Die NBauO und die aufgrund der NBauO ergangenen Vorschriften sehen derzeit keine speziellen Aufgaben für in einem Verfahren anerkannte Prüfsachverständigen oder Prüfsachverständige oder Prüfsachverständige für vorbeugenden Brandschutz vor (siehe auch Vorbemerkung).

- 4. Falls ja, in welcher Höhe sind bislang Vergütungen für diese Prüftätigkeit in andere Bundesländer geflossen, und wie hoch beziffert die Landesregierung den bislang entstandenen Einnahmeausfall für den Landeshaushalt dadurch, dass die Einnahmen aus der Prüftätigkeit nicht in Niedersachsen versteuert werden?**

Entfällt.

- 5. Sind niedersächsische Brandschutzingenieure, die über eine zur Zulassung als Prüfsachverständiger bzw. Prüfsachverständiger für den vorbeugenden Brandschutz berechtigte Qualifikation verfügen, von einer entsprechenden Prüftätigkeit in anderen Bundesländern ausgeschlossen, solange sie nicht in Niedersachsen als Prüfsachverständiger bzw. Prüfsachverständiger zugelassen sind?**

Welche Personen in anderen Bundesländern bauaufsichtliche Prüftätigkeiten im Bereich des Brandschutzes durchführen dürfen und unter welchen Voraussetzungen dort eine entsprechende

Anerkennung erlangt werden kann, richtet sich nach dem jeweiligen Landesrecht. Soweit ersichtlich ist eine der Anerkennungsvoraussetzungen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller den Geschäftssitz in dem jeweiligen anderen Bundesland hat. Niedersächsische Brandschutzingenieurinnen und -ingenieure könnten diese Voraussetzung dadurch erfüllen, dass sie eine Niederlassung in einem anderen Bundesland eröffnen. Nach Maßgabe der im Allgemeinen bestehenden Gleichwertigkeitsklauseln in den Anerkennungsverordnungen der Länder, die Prüfaufgaben im Bereich des Brandschutzes für Prüfsachverständige oder Prüfsachverständigen und Prüfsachverständigen vorsehen, dürfen anerkannte Personen entsprechende Tätigkeiten dann ohne weitere Anerkennung auch in den anderen Ländern ausüben.

- 6. Falls ja, sind der Landesregierung Fälle bekannt, dass niedersächsische Brandschutzingenieure ihren Sitz deshalb in andere Bundesländer verlagert haben bzw. verlagern wollen, um sich dort als Prüfsachverständiger bzw. Prüfsachverständiger für vorbeugenden Brandschutz zulassen zu lassen?**

Nein.

- 7. Beabsichtigt die Landesregierung, die M-PPVO für den Bereich des vorbeugenden Brandschutzes noch umzusetzen, und falls ja, wann?**

Die Notwendigkeit zur Umsetzung der M-PPVO für den Bereich des vorbeugenden Brandschutzes wird derzeit nicht gesehen.